

ANTIFA

für Anarchie

gegen das Leben



Grußwort
des
Bundesob-
manns
2

Marsch
fürs
Leben
3 - 4

Antifa -
Eine Gefahr
für die Demo-
kratie?
5 - 6

Aus
für
Gendern
7 - 9

Mitstimmen!
Aktuelle
Volks-
begehren
12 - 13



Grüß Gott!

In der letzten Ausgabe unseres Magazins haben wir uns sehr ausführlich mit dem FRIEDEN befasst, der nach unserer Ansicht durch Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Neutralität gewährleistet wird. Nach wie vor müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Frieden in Europa und in der ganzen Welt weiterhin in weiter Ferne liegt. Weshalb ist für die Menschen so schwierig untereinander in friedvoller Weise miteinander umzugehen?

Ich erinnere an das Manifest der UNESCO aus dem Jahr 2000 für eine „Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit“. Nachzulesen unter www.unesco.de. (Manifest 2000)

Darin wird unter anderem gefordert, dass **wir die Meinungsfreiheit und die kulturelle Vielfalt verteidigen müssen. Der Dialog und das Zuhören, ohne sich auf Fanatismus, Diffamierung und Ablehnung anderer einzulassen, muss im Vordergrund stehen.**

Da haben FAKE NEWS (=bewusste Falschinformationen) keinen Platz, sondern nur die Wahrheit!

Zu den kommenden Wahlen

Leider wird die CPÖ bei der **Tiroler Landtagswahl** am 25.9.2022 nicht am Stimmzettel vertreten sein, weil die Hürden durch das unfaire und ungerechte Wahlrecht eine Kandidatur zu groß sind. Durch die Kampagne für das Sammeln von Unterstützungserklärungen wurde aber bei vielen Wählern das Bewusstsein gestärkt, dass bei Wahlen eine Partei auf der Basis des christlichen Welt- und Menschenbilds vertreten sein sollte. Ich rechne fest, dass wir bei der nächsten Nationalratswahl wieder genügend Unterstützer erreichen werden.

Für die **Bundespräsidentenwahl** am 9. Oktober 2022 empfehle ich, dass sich jeder Wähler für den Kandidaten entscheidet, der unsere Inhalte am besten vertritt, wer also für das Leben ist, für die Familie, für die christliche Soziallehre, für Freiheit und Wahrheit und damit für den Frieden.

Der Frieden wird nicht durch mehr Waffen oder strengere Sanktionen, sondern durch mehr Diplomatie gesichert!

Ein wichtiges Ziel für die nächsten Monate wird die Sicherung der Lebensgrundlagen für alle Österreicher sein. Ich möchte nur einige Themen ansprechen, die dringend gelöst werden müssen: Inflation, Überfremdung durch die gesteigerte Zuwanderung, schleichender Gesellschaftsumbau durch Überwachung und Kontrolle, Energiekrise. Die Regierenden sind gefordert, aber auch wir als Bürger unseres Landes. Sind wir bereit, unseren Lebensstil den geänderten Verhältnissen anzupassen?

Babys benachteiligt

Die großspurigen Ankündigungen über finanzielle Entlastungen für die Bürger halten wieder einmal nicht, was versprochen wird.

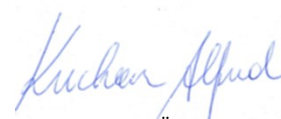
Der sogenannte **Klimabonus** wird an Kinder, die heuer geboren wurden, erst im nächsten Jahr ausbezahlt. 183 Abgeordnete unseres Nationalrats waren offensichtlich nicht in der Lage, beim Beschluss des **Klimabonusgesetzes** zu erkennen, dass damit die Neugeborenen und deren Eltern ungerechtfertigt benachteiligt werden.

Für Asylwerber und Häftlinge, die ohnehin vom Staat erhalten werden, gibt es jedoch den Bonus uneingeschränkt und sofort!

Es ist erschütternd, welch geringen Stellenwert unsere Kinder bei den regierenden haben!

Abschließend lade ich Sie zur Teilnahme am **Marsch für das Leben** am 15. Oktober 2022 in Wien ein. Setzen wir ein starkes Zeichen für das Leben und überlassen wir das Feld nicht der ANTIFA samt ihren irreführenden Anhängern!

Ich wünsche Ihnen eine gute Zeit beim Lesen des Magazins und verbleibe mit herzlichen Grüßen



Alfred Kuchar, CPÖ-Bundesobmann



Liebe Freunde des Lebens,

Ein großes DANKESCHÖN an alle die letztes Jahr dabei waren! Trotz starken Gegenwinds haben wir ein fröhliches Fest fürs Leben auf den Straßen Wiens feiern können!! Mit mehr als 2500 Teilnehmern war der Marsch fürs Leben 2021 wieder ein voller Erfolg und ein deutliches Zeichen für das Lebensrecht der schwächsten Glieder unserer Gesellschaft- der Ungeborenen und der Alten und Kranken.

Wie jedes Jahr gingen zahlreiche Familien und Menschen aller Altersgruppen gemeinsam auf die Straße, um ein Ende der Abtreibung, Unterstützung für schwangere Frauen in Notsituationen und – angesichts aktueller Entwicklungen – den Schutz der Alten und Kranken vor der Einführung der Euthanasie zu fordern.

Vor Beginn der Kundgebung gab es dieses Jahr ein breites Angebot an Feierlichkeiten. einen Gottesdienst der Evangelischen Allianz, eine orthodoxe Göttliche Liturgie und 2 katholische Heilige Messen. Daran nahmen zahlreiche Teilnehmer des Marsches teil. Hauptzelebrant der hl. Messe in der Peterskirche für das Ungeborene Leben war Weihbischof Scharl.

In seiner Predigt verwies er auf die Enzyklika Gaudium et spes, in der betont wird, dass man jeden als ein „anderes Ich“ sehen soll und daher nicht durch u.a. Abtreibung und Euthanasie schädigen darf. Weiters bedankte er sich bei den Gläubigen für ihren Einsatz für jedes Leben vom Anfang bis zu seinem Ende.

In der hl. Messe in der Karlskirche predigte Pater Manfred Müller übers biblische Aufbrechen, das einerseits ein aufbrechen aus dem bequemen Alltag, andererseits bedeutet nicht bei Unrecht tatenlos zuzusehen, sondern für Kind, Eltern und alle anderen Beteiligte aktiv zu werden, sei es durch Aktivismus, Gebete und persönliche Gesprä-

che. Um 13:30 Uhr begann dann die Kundgebung die wunderbarerweise wieder am Stephansplatz stattfinden konnte. Moderator Ludwig Brühl begrüßte die Teilnehmer, unter denen sich auch Weihbischof Scharl und Abgeordnete zum Nationalrat Gudrun Kugler und weitere Politiker befanden.

Darauf folgten Reden von Pater Bruno Meusburger von den Priestern für das Leben, Belinda Schmölzer von ProLife-Europe und Stefan Groicher von Jugend für das Leben, die alle gleichsam betonten wie wichtig es ist, den verletzten Frauen mit Liebe zu begegnen und ihnen Hoffnung auf Heilung von den Wunden der Abtreibung zu bieten.

Durch Erzpriester Alexander Lapin ließ der orthodoxe Metropolit Arsenius eine Grußbotschaft zukommen: *„Die grundsätzliche Heiligkeit des Lebens gehört zu den Fundamenten unseres Glaubens und ist nach unserer christlichen Überzeugung unantastbar und genießt Gültigkeit – bedingungslos.“*

Der freikirchliche Pastor Raimund Harta betonte auch in Bezug auf Euthanasie, die durch ein Urteil des VfGH bald legalisiert werden könnte: *„Ich will nicht in einer Gesellschaft leben, die Menschen nahelegt, von ihrer „Autonomie“ Gebrauch zu machen, indem sie sich selber mit Hilfe anderer umbringen, sondern in einer Gesellschaft, die ihnen Mut macht, Nähe und Zuwendung schenkt. Alte und kranke Menschen sollen nicht das Gefühl haben, eine Last und überflüssig zu sein!“*

Zu unserer großen Freude ist Anna Bonetti speziell aus Italien zu unserem Marsch nach Wien angereist, um über ihre Geschichte zu sprechen. Sie selbst wurde auf Grund eines genetischen Defekts gehörlos geboren. *Jeden Tag verlieren wir tausende Kinder, die nie die Chance bekommen unsere Freunde, Partner oder Schulkameraden unserer Kinder zu sein.“*



Bei der Schlusskundgebung forderte Theresa Habsburg noch einmal den österreichischen Gesetzgeber dazu auf, alles zu unternehmen, um die Einführung der sogenannten Sterbehilfe in Österreich zu verhindern und endlich für einen wirksamen Schutz ungeborener Kinder und ihrer Mütter zu sorgen.

Wir sehen uns am 15. Oktober 2022!

Verein Marsch fürs Leben

www.marsch-fuers-leben.at

Vor 4 Jahren entdeckte sie den Lebensschutz für sich und kritisierte: „Abtreibungsbefürworter verkünden, dass wir eine Schwangerschaft abbrechen können und später versuchen können Kinder zu bekommen. Aber eine Schwangerschaft ist nicht etwas, was wir einfach unterbrechen können.“

Danach wollten die Teilnehmer des Marsches vom Stephansplatz über den Ring zurück zum Stephanplatz ziehen, wurden aber von aggressiven Gegendemonstranten aufs Gröbste blockiert und belästigt. Dennoch waren Stimmung und Atmosphäre ungebrochen gut und die Teilnehmer bedankten sich mit fröhlichem Applaus bei der Polizei. Aufgrund der Blockaden musste die Route abgeändert werden, so zog der Marsch statt auf der geplanten Route – über den Ring und Heldenplatz – auf der Höhe Weihburggasse zum Ring hinunter, über den Ring und schließlich über die Kärtner Straße zurück zum Stephansplatz.




Wozu?

Schätzungen zufolge sterben in Österreich jedes Jahr mehr als 30.000 Kinder durch Abtreibung. Zusätzlich dazu werden seit Beginn des Jahres durch die Legalisierung der Sterbehilfe auch Alte und Kranke ihres uneingeschränkten Rechts auf Leben beraubt. Dieses Unrecht ist eine tiefe Wunde in unserer Gesellschaft.



Um ein deutliches Zeichen für das Lebensrecht aller Menschen – besonders der Ungeborenen, Alten und Kranken – zu setzen, gehen wir am 15. Oktober auf die Straße!

Bitte informieren Sie sich über allfällige Änderungen auf unserer Webseite!

„Das Pro-Life-Event Österreichs“

Wann und wo?

15. Oktober 2022
Treffpunkt: 13:30 Uhr
am Karlsplatz

Infos und Kontakt

www.marsch-fuers-leben.at
kontakt@marsch-fuers-leben.at
 [marschfursleben](https://www.instagram.com/marschfursleben)
 [Marsch fürs Leben Österreich](https://www.facebook.com/Marsch-fuers-Leben-Osterreich)

IBAN: AT51 1919 0000 0027 9331
BIC: BSSWATWW



ANTIFA - eine Gefahr für unsere Demokratie?

Dieses Symbol wird vermehrt auf Straßendemos in Form von geschwenkten

Fahnen oder als Button auf der Kleidung getragen.

Der politische Kampfbegriff entstand 1920 als Selbstbezeichnung von Gegnern des Faschismus in Italien und wurde dann auf den aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Deutschen Reich und gegen den Franquismus in Spanien übertragen. Heute bekannt als „Antifa“.

Die Selbstbezeichnung bündelt linke bis linksextremistische und autonome Gruppen. Die meisten Akteure sind Jugendliche und junge Erwachsene, die in unabhängigen Gruppen agieren. Es gibt also keinen Kern, der irgendetwas vorgibt, sondern eine lose Vernetzung.

Militanz als notwendiges Mittel gegen Neonazis?



Quelle: Kurier

Die Frage nach der Legitimität von Gewalt ist einer der Kernpunkte in der öffentlichen Debatte über den Antifaschismus. Begründet wird die Gewaltanwendung u.a. damit, dass man es mit einem gewalttätigen Gegner - dem Faschismus - zu tun hat und dieser ein gewalttätiges System sei.

Deshalb spielt Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft für einen Teil der autonomen Antifa-Szene eine wichtige Rolle.

Es ist unbestritten, dass Rassismus keinen Platz in unserer Gesellschaft haben darf. Schon die 10 Gebote legen uns seit mehr als zweitausend Jahren die bedingungslose Nächstenliebe als Quelle für

den Frieden unter uns an Herz.

Jedoch richtet sich der Hass der Antifa-Gruppierung keinesfalls nur gegen aggressive, gewaltbereite Neonazis.

Bitte betrachten Sie kurz dieses Bild:



Wo glauben Sie, ist dieses Foto entstanden?

Es wurde am 19. Oktober 2021 beim Marsch fürs Leben aufgenommen.

Dieser hasserfüllten Gruppe stand u.a. diesen Demonstrationsteilnehmern gegenüber:



Wirklich gefährlich sehen sie aus: Kinder, Jugendliche, Familien. Friedfertige Österreicher, die mutig für den Lebensschutz auf die Straßen gehen. Keine Aggression. Sie allesamt vertreten nur eine andere Meinung als die Antifa.

Rechtfertigt das eine feige Vermummung, Hassparolen und Beschimpfungen aus der allerersten Schublade? Wohl kaum.



Antifa als Teil vom „A im Kreis“?

Dieses Zeichen, das Ihnen höchstwahrscheinlich geläufig sein wird, bildet ein großes „A“ in einem Kreis ab.

Es stellt die Maxime: **„Anarchie ist Ordnung ohne Herrschaft“** dar. Man findet es recht häufig als Graffiti an Hauswänden und Plakaten.

Was bedeutet es?

Anarchismus ist eine Sammelbezeichnung für Auffassungen und Bestrebungen, **die jegliche Herrschaft von Menschen über Menschen abschaffen wollen.**

Die Institution des Staates gilt als repressive Zwangsinstanz, die für eine herrschaftsfreie Gesellschaft **aufgelöst oder zerschlagen** werden muss. Dabei differenzieren Anarchisten nicht zwischen demokratisch und diktatorisch organisierten Staaten.

Häufig schließt eine solche Auffassung einen grundsätzlichen Anti-Institutionalismus mit ein.

So gelten auch Parlamente, Parteien, Kirchen und Vereine als Einrichtungen, die einer freiwilligen Assoziation von emanzipierten und mündigen Menschen entgegenstehen.

Nach anarchistischer Vorstellung soll sich die Gesellschaft auf Basis völliger Freiwilligkeit selber organisieren. Im Mittelpunkt stehen Freiheit, Freizeit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung.

Und so schließt sich der Kreis:

Aufgrund dieser ablehnenden Haltung jeglicher Institutionen stehen **Lebensschützer auf der roten Liste** und werden auf ihren friedlichen Märschen mit Gegenaktionen provoziert.

Begründet wird dieses Vorgehen damit: Kirchliche Fundamentalisten (= Menschen, die sich für JEDES Leben einsetzen) üben auf Menschen einen **„Reproduktionszwang“** aus, indem sie sich gegen die Abtreibung aussprechen:

HERZLICH WILLKOMMEN
IM FALSCHEN FILM.



Sex kann zu Schwangerschaften führen. Das ist eine Tatsache, die sich nicht wegreden lässt. Von „Fortpflanzungszwang“ kann aber nicht die Rede sein. Eine wirksame Maßnahme zur Verringerung ungewollter Schwangerschaften ist die Prävention. Fehlt es z.B. an hilfreicher Sexualaufklärung? Vermitteln unsere gesellschaftlichen Werte das richtige Bild über Sexualität und den Umgang damit? Werden Mütter und Familien in vernünftiger Weise unterstützt?

Nachzulesen sind diese abtreibungsfreundlichen Ansichten übrigens auch auf der Website der größten linken Jugendorganisation Österreichs:

Der Sozialistischen Jugend!

Bitte überzeugen Sie sich selbst unter der Rubrik „Frauenpolitik“: www.sjoe.at/sjoe/keinen-millimeterzurueckliebervierschrittenachvorn.

Auf der Homepage wird auch für **Antifa-Seminare Werbung** gemacht. Weiters findet man die aktuelle Kampagne **„Keine Profite mit der Miete“**. Darin wird Folgendes verlangt:

- Mietendeckel für Wohnungen jeglicher Art (also auch jene, die im Privateigentum stehen)
- Abgaben für leerstehende Wohnungen ab dem ersten Jahr, nach fünf Jahren sollen Gemeinden die Möglichkeiten bekommen, diese Wohnungen in öffentlich Eigentum zu überführen (= Enteignung privaten Eigentums)
- 5x5 Jugendstarterwohnungen (5€ Mietzins pro Quadratmeter der Wohnung - für 5 Jahre)

Und wer bezahlt's?

Diese Ideen machen mich sprachlos, aber ein kürzlich gelesener Spruch kommt mir in den Sinn: „Antifa bestreitet alles - außer ihren Lebensunterhalt!“

Oder wie es Pipi Langstrumpf schon so vortrefflich auf den Punkt gebracht hat:

„Ich mach' mir die Welt widdewidde wie sie mir gefällt!“

FÜR GENDERFREIE SPRACHE

SCHLUSS MIT GENDERN!

Gäst*in

Kinder*innen

Reisend*innen

Dieb*innen

Bürger*innen

Held*innen

Weltverbesser*innen

Frisör*innen

**JETZT
UNTER-
SCHREIBEN!**

Forde rungen:

In Entsprechung des Art. 7 der Österreichischen Bundesverfassung (Grundsatz der Gleichbehandlung) möge der Nationalrat ein Bundesgesetz mit folgenden Inhalten beschließen:

- (1) Die Verwendung der Gendersprache darf für alle Staatsbürger und in allen Lebensbereichen nicht verpflichtend sein.
- (2) Natürliche oder juristische Personen, die nicht gendern, dürfen nicht benachteiligt werden.
- (3) In allen Bereichen des Staates (Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit), der Bildung und der Wirtschaft sind alle Gesetze, Verordnungen, Erlässe und sonstige Anordnungen, welche Verpflichtungen zur Verwendung der „Gendersprache“ beinhalten, zu beheben.



<https://p-on.voting.or.at>

www.christlichepartei.at





(Parlamentarische Bürgerinitiative)

In Kooperation mit der Christlichen Partei Österreichs haben wir die Parlamentarische Bürgerinitiative ‚Für genderfreie Sprache‘ gestartet.

Wir benötigen zu Beginn 500 rechtsgültige Unterschriften zur Einbringung im Nationalrat.



Unterschreiben Sie JETZT und senden Sie uns diese bitte im ORIGINAL retour an: **P-on.voting**, Leopold-Kunschakgasse 6, 2380 Perchtoldsdorf.

Nähere Infos: <https://p-on.voting.or.at> oder www.christlichepartei.at

Vielen Dank für Ihre Unterstützung

und verbreiten Sie unser Anliegen in der Familie sowie bei Freunden und Bekannten!



Für genderfreie Sprache



In Entsprechung des Art. 7 der Österreichischen Bundesverfassung (Grundsatz der Gleichbehandlung) möge der Nationalrat ein Bundesgesetz mit folgenden Inhalten beschließen:

- **Die Verwendung der Gendersprache darf für alle Staatsbürger und in allen Lebensbereichen nicht verpflichtend sein.**
- **Natürliche oder juristische Personen, die nicht gendern, dürfen nicht benachteiligt werden.**
- **In allen Bereichen des Staates (Gesetzgebung, Verwaltung, Gerichtsbarkeit), der Bildung und der Wirtschaft sind alle Gesetze, Verordnungen, Erlässe und sonstige Anordnungen, welche Verpflichtungen zur Verwendung der „Gendersprache“ beinhalten, zu beheben.**

TITEL, VOR- UND ZUNAME	WOHNADRESSE	GEB.DATUM (UNBEDINGT ausfüllen!)	DATUM der Unterschrift und Ihre E-Mail-Adresse	IHRE UNTERSCHRIFT
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	
VORNAME	Straße	Geboren am	Datum	Unterschrift
ZUNAME	PLZ, Ort		E-Mail	

Ich stimme durch meine Unterschrift zu, dass meine persönlichen Daten zum Zweck der Verarbeitung und Zusendung von zusätzlichen Informationen über die Bürgerinitiative sowie zur Zusendung weiterer Aktivitäten der „CPÖ“ und „P-on.voting“ verwendet werden. **Diese Zustimmung kann ich jederzeit unter: p-on@voting.or.at widerrufen.**

GOTT IST ÜBERGESCHLECHTLICH

Ein Psychologe, Michael Klein, plädiert für mehr Zivilcourage gegen die bürokratisch verordnete Gendersprache.

Was hat Gendersprache mit Geschlechtergerechtigkeit zu tun?

Theoretisch soll sie den Versuch darstellen, für Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen. Das Ganze basiert jedoch auf zwei grundsätzlichen Irrtümern: Erstens, dass Sprache zur Herstellung von Gerechtigkeit geeignet ist. Das war sie nie. Sie ist ein Mittel zur gelingenden zwischenmenschlichen Kommunikation und kein Instrument für Ideologien.

Zweitens beruht sie auf dem grandiosem Irrtum, dass die bisherige Sprache geschlechtergerecht gewesen sei. Das war sie mitnichten. Das erste Genus – das gezielt als generisches Maskulinum verunglimpft wird – ist in Wirklichkeit sehr inklusiv und lässt alle Möglichkeiten der Geschlechtergerechtigkeit zu. Wenn ich von den „100 Bäckern in meiner Stadt“ spreche, sind automatisch Frauen, Männer und intersexuelle Menschen mitgemeint, ohne ich ihre sexuelle Orientierung betonen muss.

Wie erklären Sie sich, dass angesichts der genderbedingten ästhetischen und kulturellen Verarmung der deutschen Sprache nicht lauter dagegen protestiert wird? Wer wäre da in der Pflicht?

Wir leben leider in einer Kultur der zunehmenden Feigheit und Angst. Das kann man auch politische Korrektheit und Cancel Culture nennen. Menschen haben zunehmend Angst, wegen ihrer Karriere oder ihrer Kollegenschaft offen ihre Meinung zu sagen. Dazu tragen leider soziale Netzwerke mit ihren Shitstorms noch intensiv bei.

Aber jeder Sprachästhet und -liebhaber sollte sich darauf besinnen, dass die mit Gendersprache stattfindende Veränderung der Sprache das Deutsche im Mark beschädigt. Glücklicherweise handelt es sich aber um eine reine Bürokratensprache, die niemals Literatur und Dichtung von Weltgeltung hervorbringen wird. Dennoch müssen sich alle Sprachfreunde gegen die Manipulation der Sprache, die von oben kommt, wehren.

Im Übrigen nimmt der Widerstand gegen die Gendersprache ständig zu. Immer mehr Bürger opponieren dagegen, fühlen sich fremdbestimmt und in ihrem wichtigen Gut, der sprachlichen Identität, beschädigt. Aber auch Politiker, Intellektuelle und Journalisten sollten endlich ihre Bedenken und Zweifel dagegen äußern.

Wie ist das Minderwertigkeitsgefühl der Frauen in westlichen Industrieländern zu erklären, in denen ihnen mehr Türen offenstehen als jemals zuvor?

Ich glaube und erlebe, dass die meisten jungen Frauen gar kein Minderwertigkeitsgefühl aufweisen. Sie sind selbstbewusst und gehen erfolgreich ihren Weg in Gesellschaft, Beruf und Beziehungen. Es ist eher etwas, was sie von der Mütter- und Großmuttergeneration übertragen bekommen. Viele nehmen das gar nicht an. Manche aber glauben, dass es immer noch systematische Unterdrückung und Entrechtung der Frauen in unserem Land gibt. Dies ist aber ein irreales Narrativ für unser Land.

Der Vorsitzende des Vereins für deutsche Sprache, Walter Krämer, hat vor einiger Zeit seinen Kirchenaustritt erklärt und das damit begründet, dass sich die Kirche durch Gender-Sprache von den Gläubigen entfernt. Wie sehen Sie das?

Glaubensfragen sollte jeder mit sich ausmachen. Aber ich sehe durchaus kritisch, dass sich die Amtskirchen zu vorschnell von der politischen Genderbewegung instrumentalisieren lassen. Sie sollten deutlich machen, dass Gott übergeschlechtlich ist. Dafür braucht es kein *. Und in offiziellen Kirchenbriefen hat die Gendersprache, die ja auch der korrekten deutschen Rechtschreibung widerspricht, nichts zu suchen. Man stößt hier viele Gläubige unsinnigerweise vor den Kopf und biedert sich dem hypermoralischen Modernismus an. Auf Symbolkämpfe sollte man verzichten. Gendersprache im Speziellen und radikaler Genderismus gefährden den Geschlechterfrieden dauerhaft und schaffen ein Mehr an Spaltung und Ungerechtigkeiten. Das kann nicht im Interesse der Katholischen Kirche sein. Und es wäre ein lohnendes Übungsfeld, Rückgrat gegen allzu postmoderne und hypermoralische *Strömungen* zu zeigen.

(gekürztes Interview von Regina Einig)



Dr. Rudolf Gehring

(M)EINE VISION EINER CHRISTLICHEN GESELLSCHAFT - eine wahnwitzige Idee?!

Die Gesellschaft ist in Gott verwurzelt, denn Gott schenkt das Leben und ist der Schöpfer aller Dinge. Die Menschen nehmen Freud und Leid demütig an. Die Menschen sehen die Würde und den Wert des anderen als heiliges Gut. Die Menschenrechte werden als Naturrechte von allen geachtet. Das Menschenrecht auf Leben gilt uneingeschränkt ab der Entstehung des menschlichen Lebens bis zu seinem natürlichen Ende.

Die christliche Werte und Tugenden gelten als Lebensprinzipien in der Gesellschaft; die Menschen leben sinnerfüllt in dieser Welt und in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen.

Durch die Menschenrechte legitimierte Autoritäten der staatlichen Gemeinschaft haben volle Anerkennung.

Die Fremden werden in unserem Land würdevoll wie Gäste behandelt.

Die Menschen streben keinen Welt-Einheitsstaat an und lehnen ein bloßes Weltethos ab.

In einer Gesellschaft mit christlichen Werten herrscht **GERECHTIGKEIT**: Es gibt keinen Hunger mehr - jeder ist versorgt. Es gibt keinen Kampf um Lebenschancen. Es gibt kein Elend und keine Armut. In dieser gerechten Gesellschaftsordnung kommen alle Menschen zum Leben in Frieden und Freiheit.

Es herrscht allgemeiner **FRIEDE**, denn alle Menschen leben im Einklang mit den anderen Menschen, mit der gesamten Schöpfung. Friede ist das Werk der Gerechtigkeit und die Wirkung der Nächstenliebe. Die Menschen leben ein zufriedenes Leben und gehen rücksichtsvoll mit der Umwelt um. Sie achten die Natur als Teil der Schöpfung.

In der **ERZIEHUNG und BILDUNG** der Jugend hat die Persönlichkeits- und Charakterbildung Vorrang. Wie in der Bildung strebt das künstlerische Schaffen nach den Werten des Wahren, Guten und Schönen. Der Religionsunterricht ist elementarer Bestandteil der Lehrpläne.

Die **FAMILIE** wird als Keimzelle des Staates geachtet und bestmöglich unterstützt. Die Familien schaffen Harmonie und Frieden, bringen Liebe in die menschlichen Beziehungen und bewirken ein Leben in wahrer Freiheit.

Familien bestehen dort, wo zwei oder mehr Generationen mit den Eltern oder einem Elternteil zusammenleben. Die Erziehungs- und Betreuungstätigkeit in der Familie gilt als vollwertige Erwerbstätigkeit mit größter Bedeutung für die staatliche Gemeinschaft. Die EHE ist die dauerhafte Verbindung von Mann und Frau, ausgerichtet auf die Weitergabe des Lebens.

In einer **CHRISTLICHEN WIRTSCHAFTSORDNUNG** gibt es keine Planwirtschaft und keinen gleichmacherischen Dirigismus. Entsprechend der christlichen Soziallehre gelten die Prinzipien von Personalität, Solidarität und Subsidiarität. Die Marktwirtschaft richtet sich nach den sozialen Erfordernissen aller Marktteilnehmer, insbesondere nach den Bedürfnissen der Arbeitnehmer und der Konsumenten.

Sozial als urchristliche Eigenschaft hat das Wohl der Anderen im Auge und denkt fürsorglich an das Wohl der Allgemeinheit. Die Menschen handeln in Selbstverantwortung für das eigene Leben. Die Wirtschaft dient den Menschen und nicht umgekehrt.

JEDER IST WICHTIG - IHR BEITRAG ZÄHLT!



JA, ICH WILL MITGLIED WERDEN und unterstütze die Arbeit der Christlichen Partei Österreichs, habe aber keinerlei weitere Verpflichtungen. (Empfohlener Mitgliedsbeitrag: 5,- pro Monat bzw. € 60,— einmalig pro Jahr).
Mit jeder Mitgliedschaft ist die Patenschaft für ein ungeborenes Kind verbunden!

Ich unterstütze die Arbeit der Christlichen Partei Österreichs als **Förderer** durch eine monatliche

€ 8,-
 € 10,-
 € 15,-
 anderer Betrag €

Meine Spende erfolgt

monatlich
 1/4 jährlich
 1/2 jährlich
 jährlich

Meine Bankverbindung

Bankinstitut IBAN

Auftraggeber (meine Adressdaten)

Titel Vorname Nachname

Straße PLZ Ort

Geburtsdatum E-Mail Telefon

Datum Unterschrift

Bitte senden Sie uns diesen ausgefüllten Abschnitt retour an das CPÖ-Büro, Leopold-Kunschak-Gasse 6, 2380 Perchtoldsdorf, oder per E-Mail an mail@christlichepartei.at. VERGELT'S GOTT!

ZAHLUNGSANWEISUNG AUFTRAGSBESTÄTIGUNG

AT

ZAHLUNGSANWEISUNG

Empfänger Name/Firma	
CPÖ	
IBANEmpfänger	
AT673266700000789099	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank	
RLNWATWWPRB	
EUR	Betrag Cent
Zahlungsreferenz	
IBANKontoinhaber /Auftraggeber	
Verwendungszweck	
Danke für Ihre Unterstützung!	

Empfänger Name/Firma	
Christliche Partei Österreichs (CPÖ)	
IBANEmpfänger	
AT 67 3266 7000 0078 9099	
BIC (SWIFT-Code) der Empfängerbank	
RLNWATWWPRB	
Kann bei Zahlungen innerhalb EU/EWR entfallen	EUR
Betrag	Cent
Nur zum maschinellen Bedrucken der Zahlungsreferenz	
Prüfziffer	
Verwendungszweck wird bei ausgefüllter Zahlungsreferenz nicht an Empfänger weitergeleitet	
<input type="radio"/> SPENDE allgemein	
<input type="radio"/> Hilfsfonds für Ungeborene und Familien	
IBANKontoinhaber /Auftraggeber	
Kontoinhaber /Auftraggeber Name/Firma	

QR-Code scannen

006

Betrag < Beleg +

Unterschrift Zeichnungsberechtigte

© STUZZA FN12251G

NUTZEN SIE DIE MÖGLICHKEIT UNSERE DEMOKRATIE LEBENDIG ZU MACHEN!

Derzeit kann für das „anti-Gendern“-Volksbegehren eine Unterstützungserklärung abgegeben werden, da es sich im Einleitungsverfahren befindet.

Wurde eine ausreichende Zahl an Unterstützungserklärungen gesammelt, so kann vom Bevollmächtigten - Herrn Mag. Stefan Grünberger - jederzeit ein Antrag auf Einleitung des Volksbegehrens beim Bundesminister für Inneres eingebracht werden.

Innerhalb von drei Wochen nach Einreichung wird vom Bundesminister für Inneres über diesen Einleitungsantrag entschieden.

Wird dem Antrag stattgegeben, so ist ein Eintragungszeitraum im Ausmaß von acht aufeinanderfolgenden Tagen festzusetzen.

Damit ein Volksbegehren erfolgreich ist und dem Nationalrat zur Behandlung weitergeleitet werden kann, sind 100.000 Unterschriften erforderlich.

Bereits getätigte Unterstützungserklärungen des Einleitungsverfahrens werden hinzugerechnet. Eine neuerliche Unterschrift ist daher nicht notwendig.



AUS FÜR DAS GENDERN!

„anti-gendern Volksbegehren“

Liebe Leser!

Lassen Sie sich von der Beharrlich- und Aufdringlichkeit der Gender-Befürworter nicht mürbe machen und werden Sie tätig! Leisten Sie gegen Sternchen & Co Widerstand und ermuntern Sie Ihre Freunde mit Ihrer Unterschrift ein klares NEIN zu sagen.

Wir fordern:

*„Der Nationalrat wolle ein Bundesverfassungsgesetz beschließen, welches beinhalten soll: Gendern darf nicht verpflichtend sein. Natürliche oder juristische Personen, die nicht gendern, dürfen keine Nachteile erfahren. Nicht zu gendern muss in unterschiedlichsten Bereichen, Hochschulen, Ämtern, Firmen frei von Zwang sein und darf nicht verpflichtend vorgeschrieben werden. **Das Recht, nicht zu gendern, muss der Einstellung des Einzelnen überlassen bleiben und soll eingefordert werden dürfen.**“*

Die Unterschrift kann auf jedem Gemeindeamt bzw. Magistratischen Bezirksamt geleistet werden.

Bringen Sie bitte Ausweis sowie Familienmitglieder, Kollegen und Freunde mit.

DANKE!

Seit 1. Jänner 2018 können Volksbegehren unabhängig vom Hauptwohnsitz **in jeder beliebigen Gemeinde** oder **online auf oesterreich.gv.at** (dafür ist eine Handy-Signatur oder Bürgerkarte erforderlich) unterschrieben werden: <https://citizen.bmi.gv.at/at.gv.bmi.fnsweb-p/vbg/checked/VolksbegehrenBuerger>

Dies gilt sowohl für die Abgabe einer **Unterstützungserklärung** zur Einleitung eines Volksbegehrens (Einleitungsverfahren) als auch für die **Unterzeichnung** eines Volksbegehrens (Eintragungsverfahren). Ausführliche Informationen zur Aktivierung der Handy-Signatur finden sich auf oesterreich.gv.at.

Die nächsten beiden Volksbegehren können im Eintragszeitraum, **19. bis 26. September 2022**, unterschrieben werden. Damit diese Volksbegehren dem Nationalrat zur Behandlung weitergeleitet werden können, sind 100.000 Unterschriften notwendig.



1. SCHLUSS MIT DER UNERSÄTTLICHKEIT DES ORF!

Bitte erinnern Sie sich: Das Volksbegehren „ORF ohne Zwangsgebühren“ aus dem Jahr 2019 erhielt **320.264** Unterschriften von österreichischen Bürgern.

Was ist danach geschehen? Nichts - nur eine weitere Gebührenerhöhung um satte 8% in diesem Jahr. Wir fordern daher erneut das AUS für die GIS-Gebühr und unterstützen das Volksbegehren:

"GIS Gebühr abschaffen"

Das Volksbegehren hat folgenden Wortlaut:

"Der Bundesverfassungsgesetzgeber möge die GIS Gebühr abschaffen. Die von einem großen Teil der Bevölkerung als solche wahrgenommene abnehmende Programmqualität, eine fragwürdige Erfüllung des öffentlichen Bildungsauftrags, parteipolitische Besetzungen der Führungspositionen und des Stiftungsrats sowie die Abschaffung wichtiger Sportübertragungen rechtfertigen die bestehende Gebühr aus Sicht der Initiatoren nicht. Eine streng zweckgewidmete Gebühr zur Finanzierung von Ö1 ist hingegen legitim."

Bitte helfen Sie mit an den Erfolg von 2019 anzuknüpfen und endlich das Ende der Zwangsgebühr zu erreichen!

2. BARGELD SCHÜTZEN!

"Für uneingeschränkte Bargeldzahlung"

Das Volksbegehren hat folgenden Wortlaut:

"Der Gesetzgeber möge bundesverfassungsgesetzliche Maßnahmen treffen, um die Beibehaltung des uneingeschränkten Bargeldzahlungsverkehrs zu verankern. Das Bargeld ist im vollen Umfang als Zahlungsmittel und Vermögensform zu schützen, ohne Obergrenzen. Nur eine Verankerung des Bargeldes in der Bundesverfassung, gewährt die Freiheit und die Verfügbarkeit privaten Vermögens und ist als Grundrecht abzusichern."





Schikanöses Wahlrecht verhindert Kandidatur von Kleinparteien Christliche Partei fordert faires und gerechtes Wahlrecht

Wegen der Urlaubszeit und der schikanösen Regelungen ist das Sammeln der Unterstützungserklärungen für die Landtagswahl Tirol eine große Herausforderung für die Wähler.

Nach der Meinung des CPÖ-Generalsekretärs Emanuel Dragomir kommt noch dazu, dass sowohl die Landeswahlbehörde als auch viele Gemeindevahlbehörden mit den Gesetzesbestimmungen wenig vertraut sind. Zahlreiche Unterstützungserklärungen sind fehlerhaft ausgefüllt und müssen korrigiert werden. Die Landeswahlbehörde hat für eine weitere Verwirrung gesorgt, weil in der laufenden Kampagne ein „Formular 2“ für die Erklärungen aufgelegt wurde.

Welches Formular wird bei der Einreichung der Wahlvorschläge anerkannt werden?

Bis heute konnte auch noch nicht klargestellt werden, ob die Berechnung der erforderlichen Unterstützungsunterschriften für alle Wahlkreise gesetzeskonform erfolgte.

Die CPÖ fordert daher neuerlich ein **faires und gerechtes Wahlrecht**. Es geht nicht nur um die Vermeidung von Inkompetenz und Schlampereien, sondern um die Abschaffung eines Systems, das durch Wahlen bestimmte politische Verhältnisse unterstützt und herbeiführen soll.

Die CPÖ will, dass

- das Sammeln der **Unterstützungsunterschriften** für eine Kandidatur ohne **Schikanen** und **ohne bürokratische Hindernisse** möglich sein soll;
- jede Stimme gleich viel wert ist, weshalb es **keine Prozenthürde** bei der Mandatsverteilung geben darf – das derzeitige System ist ein gesetzlich garantierter Mandatsraub bei den Kleinparteien;
- eine **Reduzierung der Parteienförderung** aus Steuergeldern erfolgt und das eingesparte Geld für sozial Schwache und Familien verwendet wird.

Durch eine verbesserte Mitsprache aller Bürger könnte ein wichtiger Schritt gegen die Politik- (und Politiker-) Verdrossenheit sowie für eine höhere Wahlbeteiligung erreicht werden.

Die derzeitigen Erfordernisse (persönliche Anwesenheit der Bürger beim Gemeindeamt oder Magistrat, wofür oftmals einige Urlaubsstunden geopfert werden müssen; Verletzung des Wahlheimnisses durch die Registrierung des Wählers und der von ihm unterstützten Partei) für die Unterstützungserklärungen bei einer Kandidatur sind abschreckend und bürgerfeindlich.

Eine Vielfalt von Parteien als Abbild der Strukturen in der Bevölkerung ist offensichtlich unerwünscht, weshalb seit längerem unangefochten die größte Partei jene der Nichtwähler ist. Jede Kandidatur, die nicht von einer etablierten Partei getragen wird, wird als störend empfunden und mit jedem Mittel verhindert.

GS Dragomir dazu:

**"Vielfalt statt Einfalt
sollte das Ziel sein!"**

Wenn die herrschenden Parteien am bestehenden unfairen Wahlrecht festhalten, werden sie weiter Wählerstimmen verlieren, weil dadurch noch stärker ihre demokratischen Defizite erkennbar werden. Den Wert einer Demokratie erkennt man unter anderen am Umgang der Mehrheit mit den Minderheiten."





Leserbrief von Dr. Gertraud Weggemann in „Die Presse“, 27.

Jänner 2022

Als ich mich neulich beim Wort „Gendersprache“ vertippte, schlug mir das Rechtschreibprogramm als Ersatz das Wort „Gaunersprache“ vor. Ich war bass erstaunt, wie treffsicher das Internet doch ist und offenbar (mit künstlicher Intelligenz?) sofort durchschaut, dass die „Feminisierung“ unserer Sprache den Frauen gar nicht dient, sondern sie im Gegenteil geradezu verhöhnt.

Klingt ja schon undeutsch genug, wenn ab jetzt „gendergerecht“ nur mehr von „Gäst*innen* die Rede sein darf, so ist es geradezu ärgerlich, dass es konsequenterweise dann auch nur mehr „Bösewicht*innen“ gibt. Also alles war recht ist, so einfach dürfen wir es der männlichen Gendervariante schon nicht machen, dass sie sich aus der Verantwortung stiehlt. Und dass es ab jetzt dann auch nur mehr „Närr*innen“ heißen soll, schlägt dem Fass den Boden aus. Müssen wir uns diese Gaunerei wirklich gefallen lassen?

Ich schlage vor:

Zurück zum maskulinen Generikum, das als grammatisches Geschlecht weder Gender noch Geschlecht kennt und alle inkludiert. Dann dürfen wir uns nämlich auch weiterhin im Railjet entspannt zurücklehnen und uns über die Begrüßung am Bildschirm „Gäste herzlich willkommen“ freuen. Und was die „Bösewichte“ und „Narren“ anbelangt, so ist hier wohl allen klar, dass darunter nun wirklich nicht mehr nur wir Frauen gemeint sein können...

Schon gewusst?!?

Kulturen ohne sprachliches Geschlecht sind oft patriarchal:

So legten etwa Perser und Armenier in ihrer Sprache das grammatische Genus vor langer Zeit ab, das Türkische hatte nie grammatisches Geschlecht. Alle drei Kulturen gelten trotzdem als besonders patriarchal.

Und selbst im liberalen, feministischen Schweden, wo es in der Grammatik keinen Unterschied zwischen männlich und weiblich gibt, wurde historisch zumeist die männliche Form fortgeführt.

Gendersprache ist ein künstlich kreierte Wohlfühlthema, das für die Mehrheit der Menschen überhaupt kein Thema ist! Es ist und bleibt Ideologie und Misandrie (Männerhass und Verunglimpfung von Männern als Ganzes) unter dem Deckmantel der Geschlechtergerechtigkeit.

Um Geschlechterungerechtigkeiten aus dem Weg zu räumen braucht es ein AKTIVES Handeln und Tun. Künstliche Sprachkreationen helfen hier sicherlich nicht weiter!



Dr. Rudolf Gehring

Von:

Gesendet:

An:

Betreff:

Dr. Rudolf Gehring <gehr
Sonntag, 28. August 2022
'post@bka.gv.at'
Sonntagsruhe

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

seit einiger Zeit fällt mir auf, dass „wichtige“ Sitzungen, wie z.B. heute das Gespräch mit den Energieversorgern an einen Sonntag oder auch Feiertag angesetzt werden.
Warum wird die für einen Christen selbstverständliche Sonntagsruhe nicht eingehalten?
Die Themen können nach meiner Auffassung niemals derart „wichtig“ sein, dass sie es rechtfertigen, an einem Sonntag oder Feiertag Sitzungen anzusetzen.
Auch in der Politik sollte gelten: „An Gottes Segen ist alles gelegen“.
Es wäre schön, wenn Du, Herr Bundeskanzler, dem Prinzip „Religio“ im täglichen Geschehen wieder einen höheren Stellenwert geben könntest.

Mit herzlichen Grüßen



Dr. RUDOLF GEHRING

Sehr geehrte Lesende,
wir dürfen nunmehr alle Leser*innen darüber informieren, dass durch den*die zuständige*n Abteilungsleiter*in angeordnet wurde, vermehrt auf „Geschlechterinklusive Sprache“ zu achten.

Geschlechterinklusive Kommunikation ist Ausdruck einer wertschätzenden Kultur des Miteinander, des Respekts füreinander und verhindert Ausgrenzung. **Das bisher verwendete Binnen-I (z.B. MitarbeiterInnen) bzw. die Paarformen (z.B. Mitarbeiterin und Mitarbeiter) werden künftig durch den Gender-Stern (*) abgelöst. Alle Geschlechteridentitäten (nicht nur binär¹) sind im sogenannten Asterisk, (Mitarbeiter*in, Mitarbeiter*innen) inkludiert, ersichtlich und erkennbar.** Damit wird dem gesetzlich festgelegten dritten Geschlechtseintrag „divers“ sprachlich entsprochen.

Mit freundlichen Grüßen,
der*die Autor*in dieser Zeilen

Ein Kommentar von Thomas Edtmeier, www.info-direkt.eu

Falls Sie, geschätzter Leser, nun der Annahme sind, dass auch wir vollkommen dem Gender-Gaga verfallen sind, so kann ich Sie beruhigen. Es handelt sich beim obigen Text lediglich um ein Zitat und einige fiktive Zeilen, die nach den nun geltenden **Vorgaben der „Geschlechterinklusive Sprache“** verfasst wurden, wie sie beispielsweise kürzlich der Magistrat der Landeshauptstadt Linz veröffentlicht hat.



Abgründtiefer Hass auf Deutsche Sprache?

Dieses Pamphlet, liest sich in seiner Gesamtheit eigentlich wie ein schlechter Scherz, der wohl aus der Feder von unterbeschäftigten weltfremden Menschen mit einem abgründtiefen Hass auf die Deutsche Sprache und alles, was nur irgendwie mit Natur und Naturgegebenheit zusammenhängt, stammen muss. Anders lässt sich nicht erklären, wenn uns hier beispielsweise auch vermittelt wird, dass „**ein männlicher bzw. weiblicher Vorname kein eindeutiger Hinweis auf ein Geschlecht**“ mehr sei und man Personen stets im Vorfeld fragen möge, „wie sie angesprochen werden möchten“.

Gendern als Angriff auf unsere Kultur
Jedenfalls verschmelzen hier Wahnwitz und Unbegreiflichkeit zu einem **Programm, das nicht nur unser gepflegtes „Deutsch“ nachhaltig verhunzt**, sondern wieder einmal die große Mehrheit der Gesellschaft unter Kuratel einer verschwindend geringen Minderheit stellt. **Diese ganze „Genderei“ ist somit nicht nur ein Kampf gegen unsere Sprache, sondern ein Angriff auf unsere gesamte Kultur.**

Und da der – laut gutmenschlicher Obrigkeit – nun zu verwendende **Gender-Stern „Asterisk“** ja ohnehin eine frappante Namensähnlichkeit mit einem gallischen Comic-Helden aufweist, können wir diese ganze Angelegenheit wohl in Anlehnung an eines seiner Zitate zusammenfassen: **„Die spinnen, die Genderer!“**

Edtmeier Ende!